



**Stellungnahme der Tierärztlichen Vereinigung für Tierschutz e.V. (TVT) zum  
„Proposal for a Regulation of the European Parliament and of the council on the  
welfare of dogs and cats and their traceability“ (COM (2023) 769 final) vom  
07.12.2023**

Die Tierärztliche Vereinigung für Tierschutz (TVT) e. V. begrüßt es, dass die EU-Kommission die Notwendigkeit einer verbindlichen Regelung für Hunde und Katzen im Hinblick auf deren Schutz und Rückverfolgbarkeit im Handel erkannt hat. Die Probleme, die aus unseriösem Tier- und Welpenhandel resultieren, sowohl im Hinblick auf das Wohlergehen der Tiere, als auch durch die Täuschung der involvierten Käufer\*, sind mittlerweile hinreichend bekannt.

Die TVT macht darauf aufmerksam, z. B. auch in ihrem Merkblatt Nr. 113 „Hunde- und Katzenimporte aus EU-Mitgliedstaaten und Drittländern“. Auch die EU-Kommission hat kürzlich den Bericht „Illegal trade of cats & dogs – EU enforcement action“<sup>1</sup> veröffentlicht, der die Thematik aufarbeitet und konkrete Probleme benennt, wie z. B. als privat getarnte gewerbsmäßige Transporte, Probleme in der Rückverfolgbarkeit, Online-Handel, Tierhandel unter dem Deckmantel des Tierschutzes. Das nun zum ersten Mal eine rechtliche Regelung von der EU erlassen werden soll, das den Schutz von Hunden und Katzen fokussiert, ist grundsätzlich ein sehr positiver Schritt.

Aus Sicht des Tierschutzes ist der Verordnungsentwurf dennoch an einigen Stellen noch als unzureichend zu bewerten: die Vorgaben im vorliegenden Entwurf gelten nicht für privat gehaltene Tiere und auch nicht für Züchter, Tierhandlungen und Tierheime unter einer bestimmten Tierzahl. Dies lässt weiterhin Schlupflöcher für unseriöse und illegale Handlungen zu. Auf diese und weitere Kritikpunkte werden wir im weiteren Verlauf der Stellungnahme eingehen.

Exemptions from the obligations set out in this Chapter (Kap. II Art. 4):

Die meisten Vorgaben im Entwurf sind

---

<sup>1</sup> [Report - Illegal trade of cats & dogs \(europa.eu\)](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX:52023R1131)

\* Wir weisen darauf hin, dass auch bei der Verwendung des generischen Maskulinums, weibliche und anderweitige Geschlechteridentitäten ausdrücklich mitgemeint sind.

- auf Züchter (mehr als 3 Hündinnen oder weibliche Katzen oder mehr als 2 Würfe)
- Tierhandlungen (mehr als 3 Hunde oder 6 Katzen)
- und Tierheime (mehr als 10 Hunde oder 20 Katzen) anzuwenden

Als Beispiele sind z. B. die behördliche Meldepflicht (Kap. II Art. 7), Genehmigungspflicht für Zuchtbetriebe (Kap. II Art.16) oder der Nachweis von Kenntnissen und Fähigkeiten für tierbetreuende Personen (Kap. II Art. 9) zu nennen. In Deutschland ist ein Großteil dieser Vorgaben sowieso schon eine verbindliche Maßgabe. Eine länderübergreifende Vereinheitlichung der Regelung wäre daher zu begrüßen.

Im Hinblick auf Zucht und Handel sollen größere Zuchtfarmen oder auch „puppy mills“, die Hunde und Katzen im großen Stil für den Verkauf produzieren, durch die Vorgaben im Verordnungsentwurf deutlich reguliert werden. Da Züchter aber erst ab einer bestimmten Anzahl weiblicher Tiere bzw. Würfe unter die Gültigkeit der Verordnung fallen sollen, bleiben gerade im Hinblick auf den Tier- und Welpenhandel weiterhin Möglichkeiten bestehen, die gesetzlichen Vorgaben zu umgehen.

Illegale Handelsnetze bedienen sich gerne eines großen Netzwerks an Einzelpersonen, die immer wieder ein bis zwei Welpen nach Deutschland bringen. Sie agieren als ahnungslose und arglose Anbieter und verkaufen Hunde und Katzen zu nicht unerheblichen Preisen unter dem Deckmantel eines privaten Verkaufs weiter. Schlupflöcher wie dieses würden auch mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf bestehen bleiben. Eine Rückverfolgbarkeit auf eine „Privatperson“ ins Aus- oder Inland ist dann zwar ggf. möglich, aber die Gesetzgebung würde hier aufgrund der Schwellenwerte der Tierzahl nicht greifen. Daher sind die Vorgaben im Entwurf grundsätzlich für alle Züchter, unabhängig von der Tier- und Wurfzahl zu fordern.

Aus Sicht des Tierschutzes sollte der Verkauf von Hunden und Katzen in Tierhandlungen EU-weit grundsätzlich untersagt werden. Dies würde häufig unüberlegte Spontankäufe einschränken und sich die Frage erübrigen, wie bei Welpen eine ideale Sozialisation und Habituation gewährleistet werden kann. Zudem stellt sich die Frage, woher die Hunde und Katzen, die im Zoofachhandel angeboten werden, ursprünglich stammen. In Deutschland verpflichten sich Zoofachhandlungen, die unter dem Zentralverband Zoologischer Fachbetriebe Deutschlands e. V. (ZZF) organisiert sind, sowieso freiwillig dazu, keine Hunde und Katzen in Tierhandlungen anzubieten.

Auch bei Tierheimen macht es wenig Sinn, die Gültigkeit der Verordnung von der Tierzahl abhängig zu machen. Jedes Tier sollte seinen Bedürfnissen und dem Tierschutz entsprechend gehalten werden, unabhängig von der Art oder Größe der Einrichtung. Zusätzlich sei angemerkt, dass es auch viele Tierschutzvereine (ohne eigenes Tierheim) oder Tierheime gibt, die eine beträchtliche Anzahl von Tieren in privaten Pflegestellen unterbringen und von dort vermitteln. Dies kann sowohl Tiere aus dem In- oder Ausland betreffen. Auch für diese Einrichtungen mit „Außenstellen“ sollten die entsprechenden Vorgaben der Verordnung gelten.

#### General welfare requirements for dogs and cats (Kap. II Art. 6 Nr. 3):

Es ist positiv hervorzuheben, dass im Verordnungsentwurf darauf aufmerksam gemacht wird, dass Zuchtstrategien nötig sind, die das Wohlbefinden der Tiere und deren Nachkommen sichern sollen. Vor allem im Hinblick auf sogenannte Qualzuchten ist dies zu befürworten (siehe dazu auch TVT-Merkblatt Nr. 141 – „Qualzucht und Erbkrankheiten bei Heimtieren – Schwerpunkt Hunde“). Allerdings ist der aktuelle Passus zu unpräzise formuliert und wird aufgrund des großen

Interpretationsspielraums wenig Verbesserung im Hinblick auf Qualzucht/Defektzucht bringen, wie es sich auch in Deutschland mit dem zu vage formulierten „Qualzuchtparagraphen“ in § 11b Tierschutzgesetz zeigt. Zudem ist der Passus im vorliegenden Verordnungsentwurf, dass die Zucht mit brachyzephalen Hunden und Katzen damit nicht verboten ist, solange es entsprechende Zuchtprogramme zur Minimierung negativer Konsequenzen auf das Wohlbefinden der Tiere gibt, überflüssig (*“This paragraph shall not preclude the selection and breeding of brachycephalic dogs and cats provided that the selection or breeding programmes minimise the negative welfare consequences of brachycephalic traits.”*).

Warum hier gerade brachyzephele Tiere konkret genannt werden, ist fragwürdig. Dieser Zusatz könnte dazu verleiten, dass die Zucht vieler zukünftige Generationen dieser Tiere mit durch die Zucht verursachten Schmerzen, Leiden oder Schäden weiterhin gerechtfertigt wird, und sollte daher komplett gestrichen werden.

In Kap. 6 Art. 22 sollte die Auflistung zu den möglichen delegierten Rechtsakten ergänzt werden, um eine Konkretisierung der Auswahlverfahren von Zuchttieren bzw. von Zuchtstrategien zur Vermeidung zuchtbedingter Schäden zu verhindern.

Zudem wäre es wünschenswert, den Verordnungsentwurf um ein Import-Werbungs- und Ausstellungsverbot von Hunden und Katzen mit Qualzuchtmerkmalen zu ergänzen.

#### Obligation on informing on responsible ownership (Kap. II Art. 8):

Anbieter von Hunden und Katzen müssen nach dem Verordnungsentwurf zukünftige Besitzer über verantwortungsvolle Tierhaltung aufklären. Dies ist als positive Vorgabe zu werten. Unter Nr. 1 sollte ergänzt werden, dass die Informationen schriftlich zu erfolgen haben (mit Datum und Unterschrift des Anbieters). Auch sollte auf wissenschaftlich fundierte Quellen (z. B. Merkblätter der EU Plattform on Animal Welfare oder die Merkblätter der TVT) verwiesen werden. Tierkäufer sollten ebenfalls in die Pflicht genommen werden, was im vorliegenden Entwurf aktuell nicht vorgesehen ist. Insgesamt wäre die Pflicht für einen Sachkundenachweis der zukünftigen Besitzer vor Anschaffung eines Tiers wünschenswert.

#### Feeding and Watering, Housing, Health and Behavioural needs (Kap. II Art. 11,12,13,14 + Anhang 1):

Dass im Verordnungsentwurf konkrete Vorgaben zur Haltung und zum Umgang mit Hunden und Katzen in gewerbsmäßigen Einrichtungen gemacht werden, z. B. hinsichtlich Fütterung, veterinärmedizinischer Versorgung, Beleuchtung, Raumgrößen, Sozialisierung und Enrichement, ist insgesamt sehr positiv zu befürworten.

Im Hinblick auf die Beleuchtungsstärke ist die Mindestvorgabe von 50 Lux als zu niedrig anzusehen (Anhang 1 Nr. 2.2.3). Dies entspricht in etwa gedimmtem Licht in einem Raum, was als dauerhafte Beleuchtung am Tag zu gering ist. Hier sollte die Mindestvorgabe höher angesetzt werden.

Auch das Verbot der Haltung in Boxen (Kap. II Art. 12 Nr. 3) und das Verbot des Anbindens von länger als einer Stunde (Kap. II Art. 14 Nr. 3) sind als positiv zu sehen. Boxenhaltung ist nur beim Transport oder für eine kurzzeitige Isolation (*„temporary isolation“*) erlaubt. Hier wäre allerdings eine Konkretisierung wichtig, was mit „kurzzeitiger Isolation“ genau gemeint ist, z. B. im Rahmen einer medizinischen Indikation.

In Anhang 1 Nr. 2.3.1. werden Vorgaben zur Mindestplatzbedarf von Hunden und Katzen gemacht. Nach Verordnungsentwurf gelten diese Vorgaben für Züchter und Personen, die mit Tieren handeln (Tierheime ausgenommen). Vor diesem Hintergrund sind die vorgegeben Platzangaben als zu niedrig anzusehen. Weibliche Tiere mit Welpen sollte mindestens das doppelte der ursprünglich vorgegebenen Mindestplatzangabe zur Verfügung haben. Zudem wäre eine Einteilung nach Widerristgröße der Hunde sinnvoller (analog zur Tierschutz-Hundeverordnung in Deutschland), als die Einteilung nach Gewicht, da dies sonst auch vom Body Condition Score der Tiere abhängig wäre. Als Vorgaben sollten mindestens die Empfehlungen der „Responsible Dog Breeding Guidelines“<sup>2</sup> (mindestens 2 m<sup>2</sup> Bodenfläche mehr als im vorliegenden Entwurf, 2 m Mindesthöhe; Hündinnen mit Welpen sollte mindestens die doppelte Bodengrundfläche zur Verfügung stehen) bzw. „Responsible Cat Breeding Guidelines“<sup>3</sup> (hier sollte der idealen Empfehlung von mindestens 8 m<sup>2</sup> mit mindestens 2 m Raumhöhe gefolgt werden) der EU Plattform in Animal Welfare herangezogen werden.

Bei Katzen muss zudem eine katzensgerechte, dreidimensionale Strukturierung des Raumes auf mehreren Ebenen mit allen für die Katzen nötigen Ressourcen gegeben sein (wie Toiletten, Rückzugsmöglichkeiten, Kratzmöglichkeiten, getrennte Wasser- und Futterstellen), um ihr Wohlbefinden zu gewährleisten. Dies sollte im Verordnungsentwurf noch deutlicher konkretisiert werden. Außenbereiche für Hunde und Katzen sollten zudem zusätzlich zu den vorgegebenen Mindestplatzvorgaben bestehen.

In Kap. II Art. 13 Nr. 2 (b) wird vorgegeben, dass Hunde und Katzen mindestens einmal täglich von der verantwortlichen Person begutachtet werden müssen. Diese Maßgabe sollte auf mindestens zweimal täglich, morgens und abends, erhöht werden. Ansonsten ist die Gefahr zu groß, dass Erkrankungen, Verletzungen oder sonstige Störungen des Allgemeinbefindens der Tiere über einen zu langen Zeitraum unentdeckt bleiben.

Bei Tieren im Zuchteinsatz gibt es begrüßenswerte Mindestvorgaben im Hinblick auf die Gesundheit der Tiere, z.B. dass Vorgaben zum Mindestalter für weibliche Zuchttiere vorgesehen sind (Anhang 1, Nr. 3.3.1. und 3.3.2.) und das Töten oder Aussetzens von weiblichen Zuchttieren nach Ausscheiden aus der Zucht explizit verboten ist (Kap. II Art. 13 Nr. 3 (e)). Allerdings fehlen im Entwurf die entsprechenden Vorgaben für männliche Zuchttiere. Diese sollten vor dem Zuchteinsatz gesundheitlich untersucht werden und auch für sie sollte das Verbot der Tötung oder des Aussetzens nur aufgrund des Beendens des Zuchteinsatzes gelten.

In Kap. II Art. 14 Nr. 2, in dem es um Ausnahmen der Bewegungseinschränkung geht, sollte unter dem Buchstaben (d) die Ausnahme für „*reproductive purposes*“ gestrichen werden. Hunde und Katzen dürfen nicht zum Deckakt fixiert oder dazu gezwungen werden. Die auf dem internationalen Markt angebotenen Fixierständer, die auch zum Deckeinsatz eingesetzt werden können, müssen als tierschutzwidrig eingeschätzt werden.

Ein grundsätzliches Verbot der chirurgischen Insemination sollte ebenfalls in die Verordnung aufgenommen werden. Die weiblichen Tiere werden dabei unter Vollnarkose über einen Bauchschnitt direkt in die Gebärmutterhörner inseminiert. Dieses Vorgehen ist sowohl aus ethischen Gründen, als auch aus Sicht des Tierschutzes, abzulehnen. In Deutschland sprechen

---

<sup>2</sup> [https://food.ec.europa.eu/system/files/2020-11/aw\\_platform\\_plat-conc\\_guide\\_dog-breeding.pdf](https://food.ec.europa.eu/system/files/2020-11/aw_platform_plat-conc_guide_dog-breeding.pdf)

<sup>3</sup> [https://food.ec.europa.eu/system/files/2020-11/aw\\_platform\\_plat-conc\\_guide\\_cat-breeding.pdf](https://food.ec.europa.eu/system/files/2020-11/aw_platform_plat-conc_guide_cat-breeding.pdf)

sich die universitären Bildungsstätten in ihren Leitlinien für reproduktionsmedizinische Dienstleistungen bei Hund und Katze klar gegen diesen Eingriff aus.

In Kap. II Art.14 Nr. 5 sollte zum Thema „Sozialisierung mit Menschen“ ergänzt werden, dass Hunde und Katzen auch positiv an möglichst viele Umweltreize zu gewöhnen sind.

In Anhang 1 Nr. 4.1 (e) wird vorgegeben, dass Katzenwelpen nicht vor der 12. Lebenswoche permanent von ihrer Mutter getrennt werden dürfen. Dies ist grundsätzlich zu begrüßen, allerdings sollten in begründeten Fällen Ausnahmen möglich sein. So kann bei Welpen freilebender, menschen scheuer Katzenmütter eine frühere Abgabe sinnvoll sein, wenn eine spätere Vermittlung in Obhut des Menschen vorgesehen ist.

#### Painful practices (Kap. II Art. 15):

Es ist sehr zu begrüßen, dass schmerzhaft Eingriffe wie z. B. das Kupieren von Ohren und Ruten, mit Ausnahmen von medizinischen Indikationen, grundsätzlich verboten sein sollen. Wenn dies allerdings wieder nur für Züchter, Tierhandlungen und Tierheime ab einer bestimmten Tierzahl gilt, wären hier sehr viele Schlupflöcher gegeben, Hunde trotzdem privat zu kupieren. Der „Kupiertourismus“, bei dem v.a. Hunde kurzzeitig in andere Länder gebracht werden, um sie dort nur aus Gründen optischer Ideale zu kupieren, da die rechtliche Lage es dort zulässt, könnte nicht unterbunden werden. Alle im Entwurf in Art. 15 aufgeführten Punkte sollte daher klar für alle gehandelten Hunde und Katzen gelten. Zudem sollte ein Importverbot für Tiere gelten, an denen die unter Nr. 1 aufgeführten Eingriffe ohne medizinische Indikation durchgeführt wurden.

#### Identification and Registration of dogs and cats (Kap. III Art. 17):

Eine EU-weit einheitliche Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für alle Hunde und Katzen ist aus Sicht des Tierschutzes eine schon lange bestehende und sehr sinnvolle Forderung. Im aktuellen Verordnungsentwurf soll dies nun wenigstens für Zuchtbetriebe, Tierheime und alle Hunde und Katzen, die in der EU angeboten werden, verpflichtend werden (Kap. III Art.17 Nr. 1 und 2). Aktuell schon in Privatbesitz befindliche Tiere würde diese Regelung leider wieder nicht betreffen, was die Rückverfolgbarkeit von Millionen gehaltener Tiere weiterhin erschwert, bzw. unmöglich macht.

Wichtig wäre zudem, dass eine lückenlose Rückverfolgbarkeit von angebotenen Hunden und Katzen gewährleistet ist. Zwar ist vorgegeben, dass die Tiere auf die für den Verkauf/die Vermittlung verantwortlichen Personen (ggf. der jeweiligen Einrichtung) zu registrieren sind und auch die Daten des neuen Besitzers dann im Register eingetragen werden müssen. Allerdings wird unter den Erklärungen unter (39) gesagt, dass natürliche Personen, die Hunde und Katzen gelegentlich über andere Mittel als Online-Plattformen abgeben, nicht der Verpflichtung zur Registrierung des Eigentümerwechsels unterliegen (*„For the sake of proportionality, natural persons supplying dogs and cats occasionally by other means than online platforms should not be subject to this obligation“*). Genau das könnte wieder von unseriöse Tier- und Welpenhändlern missbraucht werden, die z. B. über Strohfrauen und -männer diese „gelegentlichen“ Verkäufe tätigen. Dieser Punkt ist daher zu kritisieren und eine Registrierungspflicht sollte für jegliche Tierversäufer gelten.

In Kap. III Art. 17 Nr. 1 wird vorgegeben, dass die Kennzeichnung von Hunden und Katzen nur durch Tierärzte vorgenommen werden darf, was auch möglichen Betrug erschweren würde. Die ergänzende Formulierung, dass eine Kennzeichnung auch *„under the responsibility of a*

*veterinarian*“ möglich sein soll, ist allerdings zu unpräzise formuliert. Hier sollte konkret gefordert werden, dass dies trotzdem in Anwesenheit von Tierärzten geschehen muss, um zu verhindern, dass Transponder von Tierärzten einfach abgegeben und dann ohne ihr Beisein implantiert werden.

Dass die Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht auch mit Online-Angeboten gekoppelt sein soll (Kap. III Art. 17 Nr. 4), durch eine nötige Verifizierung der Kennzeichnung und Registrierung über nationale Datenbanken, wäre eine deutliche Verbesserung zur aktuellen Situation. Bisher kann der Online-Verkauf von Hunden und Katzen in weiten Teilen anonym bzw. ohne Möglichkeit einer Rückverfolgbarkeit erfolgen. Allerdings wäre es sinnvoll, wenn Anbieter sich zusätzlich mit einem offiziellen Dokument (z. B. ID) ausweisen müssten, um hier eine eindeutige Rückverfolgbarkeit zu gewährleisten.

Ein zusätzlicher Kritikpunkt ist, dass neben Hunden und Katzen auch viele weitere Tierarten online gehandelt, die nicht Teil dieser Verordnung sind. Für diese Tierarten wären striktere Vorgaben im Handel ebenfalls wünschenswert.

#### Databases of dogs and cats (Kap. IV Art. 19)

Unter Nr. 1 wird erklärt, dass die Behörden zukünftig Datenbanken für die Registrierung von Hunden und Katzen bereitstellen müssen. Es sei darauf hingewiesen, dass es in vielen Ländern schon bestehende, etablierte Haustierregister gibt. Es sollte daher möglich gemacht werden, diese Register im Sinne der Verordnung zu nutzen, da ein sehr großer Anteil der Tiere schon in diesen Datenbanken registriert ist und die Erstellung neuer Register unnötig Ressourcen kosten würde, sowie zu einer Unübersichtlichkeit führen würde. Eine EU-weite Vernetzung aller nationalen Datenbanken muss zudem gegeben sein – auch hierfür gibt es aktuell schon Lösungen, auf die zurückgegriffen werden kann.

#### Entry of cats and dogs in the Union (Kap. V Art. 21):

Auch Personen, die Hunde und Katzen aus Drittländern auf dem europäischen Markt anbieten, müssen den Vorgaben der aktuellen Verordnung entsprechen. Aus Sicht des Tierschutzes ist dieser Punkt positiv hervorzuheben.

#### Stricter national measures (Kap. VI, Art. 25):

In diesem Artikel ist Nr. 4 kritisch zu sehen: Demnach darf das Inverkehrbringen von Hunden und Katzen aus anderen Mitgliedsstaaten im eigenen Hoheitsgebiet nicht behindert werden, nur, weil strengere nationale Bestimmungen nicht eingehalten werden. Aus Sicht des Tierschutzes ist dieser Passus zu kritisieren, z. B. im Hinblick auf die unterschiedliche Gesetzgebung von Tieren mit Qualzuchtmerkmalen in den verschiedenen Ländern, die dann nicht umgesetzt werden müssten. Daher sollte dieser Passus gestrichen werden.

Belm, den 13. Januar 2024



Dr. Andreas Franzky,  
Vorsitzender der TVT